

07. NEWSLETTER 2021

EVP-Fraktion Gemeinderat



Sitzung vom 02. September 2021

Liebe EVP'lerinnen, EVP'ler und Freunde

Die FDP hat eine Fraktionserklärung abgegeben. Michael Segrada wird neuer Fraktionspräsident. Olivier Barthe (FDP) hat den Rücktritt aus dem Gemeinderat bekannt gegeben.

Auch die SP hat eine Fraktionserklärung abgegeben. Der Flohmarkt konnte wegen der Intensivbaustelle nicht mehr stattfinden. Gemäss Mitteilung der Stadt war die Öffnung des Flohmarktes erst wieder im Frühling geplant. Das Büro des Gemeinderats hat einen Brief von einer betroffenen Flohmarktbetreiberin erhalten. Daraufhin wurden Gespräche mit der Stadt geführt. Jetzt wird der Flohmarkt ab dem 4. September wieder stattfinden. Die SP erklärt ihren Unmut gegenüber dem zuständigen Stadtrat.

Die Zürcher Kantonalbank schüttete im Jahr 2020 im Rahmen ihres 150-jährigen Jubiläums eine Sonderdividende aus. Dietikon kam dabei in den Genuss von Fr. 900'000.00. Der Stadtrat war einverstanden, dass Stadtrat und Gemeinderat über je 50% der Summe verfügen können. Die Parteien im Gemeinderat wurden aufgefordert, ihre Ideen/Projekte einzureichen. Die Vorschläge wurden auf ihre Realisierbarkeit, Finanzierbarkeit und ob sie bereits geplant oder im Budget enthalten sind, geprüft. Folgende Projekte wurden durch den Gemeinderat angenommen:

Die SVP wird ihren Anteil von Fr. 137'500.00 in das Projekt Citytrees stecken. Der Tree soll eine Sitzgelegenheit sein und zur Kühlung der Umgebung beitragen. Möglicher Standort ist der Rapidplatz.



Die SP/AL wird ihren Betrag von Fr. 112'500.00 für die Freiraumgestaltung auf der Nötzliwiese verwenden.

Die Mitte wird mit ihrem Betrag von Fr. 62'500.00 eine Rollstuhlschaukel an einem idealen Standort installieren. Mit dem restlichen Geld wollen sie bei einer der bestehenden Street-Work-Anlagen behindertengerechte Fitnessgeräte aufbauen.



Die Grünen wollten mit ihren Fr. 37'500.00 ein Stadtbaumlegat initialisieren. Die Bäume sollten entlang von Strassen gepflanzt werden. Jedoch rät die Finanzabteilung finanztechnisch von einer entsprechenden Einrichtung ab. Der Stadtrat empfiehlt eine einmalige Aktion. Diese wird von den Grünen und vom Gemeinderat gutgeheissen.

Die FDP, die EVP und die GLP werden ihren Anteil, total Fr. 100'000.00, der Phänomena zukommen lassen. Die Phänomena ist eine Expo zum Thema Naturphänomene mit interaktiven, erlebnisbasierten Exponaten in den Bereichen Natur, Klima, Physik und Astronomie.



Das Postulat von Martin Steiner (SP) betreffend „Zivilschutz Limmattal“ wurde vom Stadtrat beantwortet. Der Stadtrat wurde gebeten, zu prüfen, ob sich eine Beibehaltung, der aufgrund der Coronakrise gegründeten Zivilschutzorganisation Limmattal, aus organisatorischen Gründen anbietet. Ferner wird der Stadtrat angehalten, mit den Trägergemeinden der anderen Zivilschutzorganisationen Verhandlungen über die Gründung eines geeigneten rechtlichen Überbaus für eine solche Organisation aufzunehmen.

Der Postulant ist überhaupt nicht zufrieden mit der Antwort. Er wirft dem Stadtrat vor, dass viele Falschaussagen in der Beantwortung stehen. Auch Heinz Illi (EVP) wird von Martin Steiner (SP) persönlich angegriffen. Er habe sich als Führungsperson zu wenig eingebracht.

In der Beantwortung wird folgendes berichtet: Am 16. März 2020 hat der Bundesrat die ausserordentliche Lage verhängt. Um das Gesundheitswesen zu unterstützen, wurden die drei Zivilschutzorganisationen temporär zusammengelegt. Der Stadtrat ist der Auffassung, dass ein permanenter Zusammenschluss nicht zwingend zu einer Effizienzsteigerung führt. Die dezentrale Lagerung des Materials führte dazu, dass Dietikon bei einem regionalen Ereignis nicht mehr einsatzfähig gewesen wäre. Da die temporäre Leitung der Organisation beim Zivilschutzkommandanten aus Schlieren angesiedelt war, konnte keinerlei Einfluss auf die operative Führung genommen werden. Ein Zusammenschluss bedeutet auch nicht, dass es zu Einsparungen bei Personal- und Materialbestand führen wird. Fakt ist, dass mit zunehmender Grösse auch Mehrkosten entstehen und zwar für Personalführung, Ausbildung, Material, Logistik, Planung und Koordination sowie Infrastrukturen. Der Stadtrat sieht zum heutigen Zeitpunkt keinerlei Bedarf und Notwendigkeit, einen Zusammenschluss der drei Zivilschutzorganisationen zu prüfen. Die EVP findet die Entscheidung des Stadtrats richtig. In der Beantwortung ist zu lesen, dass der Kanton Zürich den kantonalen Leistungsauftrag für den Zivilschutz überarbeiten wird. Darum findet die EVP, dass erst nach der Überarbeitung des Leistungsauftrages über einen Zusammenschluss nachgedacht werden sollte. Eine kleine Struktur macht durchaus auch Sinn. Kleinere Organisationen können schneller, unbürokratischer und flexibler handeln als grosse. Sicher ist auch wichtig, die persönlichen Bedürfnisse in der eigenen Gemeinde zu kennen, um bedarfsgerecht handeln zu können.

Das Postulat von Peter Metzinger (FDP) betreffend „Die kühle Stadt ist attraktiv“ wurde vom Stadtrat beantwortet. Der Stadtrat ist sich der Thematik der klimatischen Veränderungen und damit verbundenen vermehrten klimatischen Extremsituationen bewusst. Es werden aktiv bereits diverse Massnahmen getroffen und das Anliegen wird in sämtlichen relevanten Planungsinstrumenten berücksichtigt. Die Bevölkerung wird bei Massnahmen und Ideen aktiv einbezogen. Die Bevölkerung sowie die Schüler/innen sind gut involviert. Für Alternativen und Zusatzmassnahmen ist der Stadtrat offen. Manuela Ehmann (EVP) findet, der Stadtrat ist in Zukunft mit vielen Werkzeugen gewappnet, um unsere Stadt kühler zu gestalten. Aber reicht das? Es sind sofort pragmatische Lösungen anzustreben. Um die Stadt kühler zu gestalten, braucht es jedoch auch mehr personelle und materielle Ressourcen. Diese Ressourcen sind in Dietikon leider nicht im Übermass vorhanden. Die EVP hofft, dass der Stadtrat im kommenden Budget unser Klima und die dazugehörige Lebensqualität priorisiert hat und Ressourcen ins Budget aufgenommen hat. Die kühle Stadt ist jedoch nicht nur ein Thema für den Stadtrat, auch private Eigentümer können dazu einen wichtigen Beitrag leisten. Mehr Grünfläche anstatt Asphalt, Stein und Beton.

Die Interpellation von Silvan Fischbacher (SP) betreffend „Muslimische Grabfelder“ wurde vom Stadtrat beantwortet. Trotz der Kosten wird immer noch ein Grossteil der Verstorbenen muslimischen Glaubens in ihre Heimat überführt. Auf dem Friedhof Guggenbühl fanden in den letzten Jahren einige wenige muslimische Beisetzungen statt. Die Kriterien wurden dabei weitgehend erfüllt. Aufgrund der Tatsache, dass inzwischen Muslime der 3. Generation in der Schweiz leben, ist davon auszugehen, dass das Bedürfnis nach einer muslimischen Beisetzung in der Schweiz im Laufe der nächsten Jahre eher ansteigt. Im Gespräch mit Vertreter der muslimischen Organisation konnte festgestellt werden, dass die Anforderungen an muslimische Bestattungen in den letzten Jahren deutlich kleiner geworden sind. Der Stadtrat unterstützt weiterhin die Durchführung von muslimischen Bestattungen nach deren Ritualen auf dem Friedhof Guggenbühl. Eine separate Ausscheidung eines Grabfeldes lehnt der Stadtrat jedoch ab. Die Stadt Dietikon unternimmt grosse Bemühungen, um das gemeinsame Zusammenleben und die Integration der einzelnen Kulturen zu fördern. Eine Separation nach dem Tod wäre ein falsches Zeichen. Wichtig ist einzig, dass die Bestattung nach den muslimischen Ritualen erfolgt, die auf Wunsch bereits heute berücksichtigt werden. Die Waschung der Toten kann im Friedhof Wittikon erfolgen. Der Interpellant ist nicht zufrieden mit der Antwort. Er findet, die Nachfrage nach separierten Grabfeldern ist da und wird in Zukunft noch steigen. Es wäre gut für die Integration, wenn die Stadt zeigen würde, dass sie die Anliegen von Muslimen/-innen ernst nimmt. Die EVP ist zufrieden mit der Antwort. Sie findet die Integration der muslimischen Bevölkerung sehr wichtig. Da wir in einem Land mit Glaubensfreiheit leben, ist der Tod in allen verschiedenen Kulturen ein wichtiges Thema. Wenn es uns jedoch gelungen ist, gut zu integrieren, dann ist auch auf Seiten der Muslime die Akzeptanz auf einem neutralen Friedhof beerdigt zu werden da.

Die Interpellation von Johannes Küng (SP) betreffend Ausbildung der Stadtpolizei gegen Racial Profiling wurde vom Stadtrat beantwortet. Das Thema ist bei der Stadtpolizei präsent. Einsätze und Personenkontrollen werden regelmässig besprochen und beleuchtet. Die Stadtpolizei führt keine spezi-

elle Ausbildung betreffend Racial Profiling durch. Bis jetzt sind keine Probleme in diesem Zusammenhang aufgetreten. Im Rahmen von internen Weiterbildungen wird das Thema jedoch laufend behandelt. In der Grundausbildung eines Polizisten gehört neben ethischen Themen wie Menschenbild, Menschenwürde, Gleichbehandlung und Neutralität, auch die Europäische Menschenrechtskonvention und der UNO-Verhaltenskodex zum Prüfungsstoff. Die Kantonspolizei Zürich verfügt über Polizeibeamte, die sich nebenamtlich speziell mit fremden Kulturen auseinandersetzen, sogenannte „Brückenbauer“. Die Stadtpolizei arbeitet auch hier eng mit der Kantonspolizei zusammen. In der Stadt Dietikon und auch im Bezirk gibt es keine Ombudsstelle, an die sich Betroffene wenden können. Betroffene haben die Möglichkeit, sich beim Bezirksrat, direkt bei der Gemeinde oder bei einer privaten Organisation zu melden. Überdies können die Betroffenen auch Aufsichtsbeschwerden erheben. Die EVP ist der Meinung, dass unsere Stadtpolizisten/-innen genug ausgebildet sind, um sich richtig zu verhalten. Natürlich darf man nicht wegschauen, aber wir denken, dass das Thema in den letzten Jahren verstärkt aufgetreten ist und auch immer wieder thematisiert wird. Für die Betroffenen ist der Weg über den Bezirksrat, die Gemeinde oder über eine Aufsichtsbeschwerde sehr schwierig. Betroffene Menschen sollten unerschwert ihre Erfahrungen mitteilen können. Eine Ombudsstelle ist jedoch nicht nötig. Die Kosten sind im Verhältnis zum Nutzen zu gross. Evtl. wäre das ein Thema fürs Integrationsforum. Unsere ausländische Bevölkerung sollte darüber informiert werden, wie sie bei einem befremdenden Ereignis mit der Polizei reagieren kann.

Die Interpellation von Ernst Joss (AL) betreffend Mitsprache der Gemeinde bei der Limeco wurde vom Stadtrat beantwortet. Der Interpellant wollte vom Stadtrat wissen, wie er nach den bisherigen Erfahrungen die Organisationsform der interkommunalen Anstalt, insbesondere was die Mitsprache der Bevölkerung anbelangt, beurteilt und ob er sich einen Ausbau der Mitsprachemöglichkeit der Bevölkerung vorstellen könnte. Gemäss Stadtrat sind die Behördenvertreter durch ihre unmittelbare Einsicht in die Geschäfte viel näher am Thema, als dass es Stimmberechtigte je sein werden. Um die strategische Zielsetzung für die Unternehmung zu verbessern, wäre es wünschenswert, dass künftig eine Eigenstrategie der beteiligten Gemeinden erarbeitet und beschlossen wird. An deren Rahmen müsste sich dann die Tätigkeit der operativen Führung halten. Die EVP ist zufrieden mit der Antwort des Stadtrats. Die Stimmbewohner hat die Delegierten der Limeco indirekt gewählt. Wir vertrauen unseren Behördenvertretern in ihrem Handeln.

Drei Geschäfte wurden auf die nächste Sitzung im Oktober verschoben.

Freundliche Grüsse

Fraktion der EVP Dietikon
Manuela Ehmann